

Flüchtlingsspezifische Ausschnitte aus dem Koalitionsvertrag

Gemeinsam für ein modernes Niedersachsen

Für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt

Koalitionsvereinbarung

zwischen der

Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD)
Landesverband Niedersachsen

und der

Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Niedersachsen

für die 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages
2017 bis 2022

80 4. Das moderne Niedersachsen stärkt den sozialen Zusammenhalt

88 Die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen mit dauerhafter Bleibeperspektive
89 werden wir fördern und fordern.

128 Bildung

140 2. Frühkindliche Bildung

167 Wir wollen dauerhaft 60 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um den Kommunen die
168 Gelegenheit zu geben, die Einrichtungen mit Personal zu stärken, die besondere
169 Herausforderungen z. B. durch die Integration zu leisten haben.

195 3. Lehrkräfte

221 d) Aus-, Fort- und Weiterbildung

228 Die Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung soll regelmäßig an die
229 Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft angepasst werden, zum Beispiel in
230 Bezug auf Inklusion, Integration und Digitalisierung.

376 16. Schulen in freier Trägerschaft

377 Schulen in freier Trägerschaft bereichern unsere Schullandschaft mit ihren
378 besonderen Profilen und innovativen Angeboten. Sie stellen sich den
379 Herausforderungen der Inklusion und Integration ebenso wie öffentliche Schulen. Vor
380 diesem Hintergrund wollen wir die Finanzhilfen für bestehende und neu gegründete
381 Schulen in freier Trägerschaft überprüfen und angemessen weiterentwickeln. Auch in
382 Zukunft wollen wir diese wertvolle Ergänzung der öffentlichen Schulen fair

383 behandeln.

384 17. Berufliche Bildung

436 d) SPRINT

437 In Niedersachsen leisten die berufsbildenden Schulen einen wichtigen Beitrag zur
438 Integration von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund. Das Erlernen der
439 deutschen Sprache sowie der Erwerb beruflicher Qualifikationen sind der Schlüssel
440 zur Integration junger Menschen im ausbildungsfähigen Alter. Das Sprach- und
441 Integrationsprojekt SPRINT hat sich bewährt. Es soll evaluiert und weitergeführt
442 werden. Darüber hinaus sollen Sprachförderung und Integration an berufsbildenden
443 Schulen gestärkt werden.

773 13. Kultur

774 Kunst und Kultur prägen unsere Heimat Niedersachsen. Professionell wie
775 ehrenamtlich geführte Kultureinrichtungen und -initiativen sorgen für kulturelle
776 Vielfalt, kulturelle Bildung und kulturelle Teilhabe. Sie müssen sich neuen
777 Herausforderungen wie der Digitalisierung und der Integration stellen. Dafür
778 benötigen sie die Unterstützung des Landes.

828 2. Polizei

878 d) Personal und Ausstattung

900 Wir treten dafür ein, dass die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI)
901 auch länderübergreifend unmittelbaren Zwang im Zusammenhang mit
902 Rückführungen ausüben darf. Dafür streben wir einen Staatsvertrag mit den
903 betroffenen Bundesländern an. Mit den betroffenen Bundesländern werden
904 Staatsverträge geschlossen, damit die Verwaltungsvollzugs- bzw.
905 - vollstreckungsbeamtinnen und -beamten auch außerhalb von Niedersachsen ihre
906 Aufgaben im Rahmen des Rückführungserlasses wahrnehmen können.

946 4. Asyl- und Flüchtlingspolitik

947 Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für Menschen, die auf unseren Schutz und auf
948 unsere Hilfe angewiesen sind. Ihnen Zugang zu einem fairen und zügigen
949 Asylverfahren zu gewähren und sie für die Dauer dieses Verfahrens
950 menschenwürdig unterzubringen, ist Ausdruck unserer Verfassungsordnung und
951 unserer humanitären Überzeugung.
952 Wir helfen schutzbedürftigen Menschen und bieten ihnen Perspektiven. Allerdings
953 können nicht alle Menschen, die zu uns kommen, auch bei uns bleiben. Deshalb
954 müssen diejenigen, die keinen humanitären Schutzanspruch geltend machen können
955 und bei denen keine Abschiebehindernisse vorhanden sind, das Land wieder
956 verlassen.
957 Hierbei setzen wir weiterhin zunächst auf die freiwillige Rückkehr. Wir werden die
958 Beratung zur freiwilligen Ausreise ausbauen und auch die Kommunen intensiv bei
959 dieser Praxis unterstützen.
960 Wo Instrumente der freiwilligen Rückkehr nicht greifen, wollen wir die abgelehnten
961 Asylbewerber im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch zukünftig

962 schnellstmöglich wieder in ihre Heimat zurückführen. Dazu gehört auch die
963 Beseitigung von Abschiebungshindernissen. Bei Vorliegen der gesetzlichen
964 Voraussetzungen werden wir die entsprechenden Instrumente, wie z. B.
965 Leistungskürzungen oder Abschiebehaft, anwenden.
966 Unser Ziel ist es, alle Asylsuchenden durch das BAMF in den
967 Erstaufnahmeeinrichtungen zu registrieren. Auch die Stellung des Asylantrags soll
968 dort erfolgen. Personen mit einer absehbaren rechtlichen oder faktischen
969 Bleibeperspektive sowie Familien sollen anschließend auf die Kommunen verteilt
970 werden. Kurzfristig realisierbare Rückführungen sollen aus den
971 Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgen. Das gilt für diejenigen Asylbewerber, die nach
972 der Dublin-Verordnung in einen anderen Mitgliedsstaat zu überstellen sind.
973 Die bundesrechtlich vorgesehenen Möglichkeiten für die Erstaufnahmeeinrichtungen,
974 der §§ 47, 47 Abs. 1b Satz 1 i. V. m. § 30, 47 Abs. 1b Satz 2 i. V. m. § 48, 49, 50 und
975 47 Abs. 1b Satz 3 Asylgesetz (AsylG), werden dabei konsequent genutzt und
976 beachtet.
977 Auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Sprach- und Integrationskurse
978 angeboten werden.
979 Weiterhin priorisieren wir die Abschiebung von Gefährdern sowie solchen
980 Ausländerinnen und Ausländern, die ihnen angebotene und zumutbare
981 Integrationsleistungen aus von ihnen zu vertretenen Gründen nicht angenommen
982 haben und solchen, die nennenswerte Straftaten begangen haben.
983 Niedersachsen wird das Instrument der Wohnsitzauflage anlassbezogen und
984 bedarfsgerecht anwenden.
985 Einer Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten werden wir im
986 Bundesrat zustimmen, sofern die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben
987 sind.

1184 2. Solidarische Gesellschaft

1185 e) Familie, Kinder und Senioren

1211 Die Aufnahme, Betreuung und soziale Integration von zehntausenden junger
1212 begleiteter und unbegleiteter Menschen und Familien mit Fluchterfahrung, die nach
1213 Niedersachsen gekommen sind, wurde und wird durch die Jugendämter geleistet und
1214 mit Hilfe des Landesjugendamtes organisiert.

1266 g) Gleichstellung und Antidiskriminierung

1296 Wir setzen uns für die Fortsetzung der mit ESF-Mittel geförderten Unterstützung
1297 geflüchteter Frauen durch Modellprogramme bei der Arbeitssuche ein.

1348 i) Integration und Teilhabe

1349 Niedersachsen ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Es ist für uns von hohem
1350 Wert, dass Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion friedlich in
1351 unserem Land zusammenleben. Zuwanderung ist ein fester Teil unserer 70-jährigen
1352 Geschichte Niedersachsens. Integration ist eine Daueraufgabe. Sie verlangt von den
1353 Zugewanderten Anstrengungen und von der Mehrheitsgesellschaft die Bereitschaft
1354 zum Dialog.
1355 Durch ungelöste Konflikte überall auf der Welt sind vermehrt Menschen nach
1356 Niedersachsen gekommen. Ihre Teilhabe ist eine Zukunftsaufgabe. Wir wollen eine
1357 teilhabeorientierte Integrationspolitik, bei der wir die Bereitschaft zur Mitwirkung aller

1358 Beteiligten voraussetzen. Der Integration über Sprache und Arbeit messen wir einen
1359 hohen Stellenwert bei.
1360 Das Bündnis „Niedersachsen packt an“, das jetzt schon die Vernetzung von haupt-
1361 und ehrenamtlicher Arbeit maßgeblich unterstützt, soll gemeinsam bewertet und
1362 weiterentwickelt werden.
1363 Wir wollen die Kompetenzen der ankommenden Menschen früh erfassen und
1364 individuelle Förderketten entwickeln. Insbesondere soll das Netzwerk „Integration
1365 durch Qualifikation“ ausgebaut und gestärkt werden. Auch soll die Anerkennung von
1366 landesrechtlich geregelten Berufen beschleunigt und vereinfacht werden.
1367 Migrantenselbstorganisationen sind wichtige Partner in der Integration. Deshalb
1368 wollen wir sie bei den strategischen Integrationsmaßnahmen einbinden, bei ihrer
1369 weiteren Professionalisierung unterstützen und ihre institutionelle Förderung
1370 fortschreiben.
1371 Ehrenamtlich tätige Integrationslotsinnen und -lotsen wollen wir stärker unterstützen.
1372 Wir stärken die Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe. Für
1373 arbeitssuchende Migrantinnen und Migranten sollen diese als erste kommunale
1374 Anlaufstelle dienen. Vermittlung, Vernetzung, Beratung, kommunale und soziale
1375 Angebote zur Orientierung bei Behördengängen sowie Bildung, Qualifizierung und
1376 Arbeitsmarktintegration sollen intensiviert werden.
1377 Zur Unterstützung der Kommunen sollen Mittel über ein Programm zur Stärkung der
1378 Gemeinwesenarbeit in Wohngebieten, in denen der Migrationsanteil besonders hoch
1379 ist, für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für eine angemessene
1380 Ausstattung mit Kindertagesstätten und Schulen bereitgestellt werden.
1381 Sprachkurse müssen erfolgreich abgeschlossen werden. Um den Erfolg zu
1382 garantieren, muss ihr willkürlicher Abbruch Konsequenzen haben. Die bestehenden
1383 gesetzlichen Möglichkeiten sollen ausgenutzt werden.

1384 j) Ehrenamt

1385 Ehrenamtliche leisten Außerordentliches. Bürgerschaftliches Engagement ist eine
1386 wichtige Voraussetzung für eine demokratische und soziale Gesellschaft und soll
1387 daher in seiner Gesamtheit gestärkt werden.
1388 Wir wollen ein landesweites Programm schaffen, um vor Ort Anlaufstellen zur
1389 Stärkung des Ehrenamts einzurichten bzw. vorhandene zu stärken. Dies beinhaltet
1390 insbesondere die Freiwilligenagenturen, bürgerschaftliches Engagement,
1391 Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen, flexiblere Freistellungsregelungen,
1392 Arbeitszeitgestaltung für Beschäftigte im Landesdienst, Prüfung rechtlicher
1393 Vorschriften, Abbau bürokratischer Hürden und gezielte Werbekampagnen für den
1394 Ausbau des Engagements von und in Unternehmen.
1395 Auf dem Internetportal FreiwilligenServer Niedersachsen sammeln wir Vorschläge für
1396 eine Verbesserung der Rahmenbedingungen des Engagements, um Pilotprojekte zu
1397 entwickeln und in der Praxis erproben.
1398 Wir prüfen den Erwerb der Jugendleiter-Card (Juleica) an den Schulen unter
1399 Beteiligung der Jugendverbände.

2024 10. Gute Arbeitsmarktpolitik für sichere Arbeitsplätze

2025 SPD und CDU bekennen sich zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Im
2026 Sinne eines verantwortungsvollen Unternehmertums sowie der Vorbildrolle der
2027 Landesverwaltung setzen wir uns dafür ein, die Arbeitsbedingungen für alle
2028 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Hierzu zählen gute Zugangs-

2029 und Aufstiegschancen im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, eine kontinuierlich
2030 verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie geeignete Fort- und
2031 Weiterbildungsangebote. Zu den besonderen Herausforderungen zählen die
2032 Stärkung von Arbeitsmarktchancen für Frauen, ältere Arbeitnehmerinnen und
2033 Arbeitnehmer, Menschen mit Migrationshintergrund und Langzeitarbeitslose.

2046 11. Qualifizierte Fachkräfte gewinnen

2053 Wichtige Elemente für eine stabile Fachkräftebasis sind eine steigende
2054 Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren, die Wiedereingliederung von
2055 Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt sowie eine qualifizierte und
2056 gesteuerte Zuwanderung.

2070 Die Erwerbsbeteiligung von Zuwanderungswilligen und Flüchtlingen ist für den
2071 Fachkräftebedarf von zentraler Bedeutung und ein wichtiger Baustein für gelingende
2072 Integration. Für Flüchtlinge wollen wir das landesweite „Integrationsprojekt
2073 Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“ der niedersächsischen
2074 Handwerkskammern bei Bedarf auch über 2019 hinaus fortsetzen. Für sie wollen wir
2075 darüber hinaus Förderschwerpunkte in der Arbeitsmarktintegration schaffen.
2076 Ein wichtiges Potenzial für den Fachkräftebedarf sind ausländische Studierende. Wir
2077 wollen die Rahmenbedingungen verbessern, damit sie nach Studienabschluss in
2078 Niedersachsen bleiben und die niedersächsische Wirtschaft stärken. Zusätzlich
2079 wollen wir die Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse klarer,
2080 übersichtlicher und einfacher gestalten.
2081 Um diese Vorhaben mit den Tarifpartnern und weiteren Beteiligten zu erörtern und
2082 voranzutreiben, wollen wir die Fachkräfteinitiative Niedersachsen fortsetzen und
2083 weiterentwickeln.

3048 3. Soziales Europa

3059 Wir treten ein für die konsequente Einhaltung des Dublin-Verfahrens. Wir fordern
3060 angemessene und gleiche Standards bei der Aufnahme, Versorgung und Integration
3061 von Flüchtlingen. Bei der Flüchtlingsaufnahme fordern wir die Solidarität aller
3062 Mitgliedstaaten ein.

3063 Wir wollen den weiteren Ausbau der Europäischen Agentur für die Grenz- und
3064 Küstenwache (Frontex) zur Vermeidung von irregulärer Zuwanderung unterstützen.
3065 Die EU braucht ein Konzept für legale Einwanderung. Eine kohärente EU-
3066 Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere zur Fluchtursachenbekämpfung, ist uns
3067 wichtig.

3073 Die Zusammenarbeit mit Eastern Cape und Tansania soll fortgesetzt und
3074 weiterentwickelt werden. Projekte zur Prävention von Flucht und Migration und zur
3075 Fluchtursachenbekämpfung außerhalb der genannten Partnerregionen können in

3076 Herkunfts- und Haupttransitländern von Geflüchteten im Rahmen von
3077 Projektpartnerschaften vereinbart werden. Die übrigen internationalen
3078 Partnerschaften des Landes wollen wir weiterentwickeln.

3120 1. Finanzen und Investitionen

3169 Wir prüfen die Einführung einer Integrationspauschale.